

Horst Müller

Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation

Abstract

Die seit dem 20. Jahrhundert entfalteten - materiellen, sozialen, informatischen, institutionellen und ökologischen - „Infrastrukturen“ stellen die Grundlage oder das zivilisatorische Gehäuse moderner Gesellschaften dar. Sie bilden als „sozialwirtschaftliche Dienste“ eine im Verhältnis zur industriewirtschaftlichen Warenproduktion anders geartete, komplementäre ökonomische Formbildung.

Der Steuer-, Rechts- und Sozialstaat spielt eine zentrale und vermittelnde Rolle zwischen den bezeichneten ökonomischen Hauptabteilungen, die sich auch in hohen Staatsquoten ausdrückt. Somit bietet sich das Bild einer *dreigliedrigen* Konfiguration. Darin hat sich die Staatlichkeit von den höchsten Institutionen bis auf die Ebene der kommunal verfassten urbanen Praxis ausgefaltet.

Diese Formierung eines Sozialkapitalismus hat sich über die industriekapitalistischen Verhältnisse hinaus entwickelt, die sich in den Marxschen Reproduktionsschemata ausdrücken. Die bilden aber immer noch die Grundlage marxistischer Politökonomie. Derweil mangelt es vielen Alternativstrebungen überhaupt an einer entsprechenden Fundierung. Um über alle Kritik hinaus eine positive Perspektive zu gewinnen, muss neu angesetzt werden.

Dabei tritt zutage, inwiefern die industriewirtschaftliche Arbeit und Produktion als wertbildend und die sozialwirtschaftliche demgegenüber negativ, als Sozialkosten rangieren: Letztere müsste aufgrund ihrer heutigen Stellung ebenso als wertproduktiv und so als Vorleistung für die andere Seite gelten. Als eine Abgeltung öffentlicher Leistungen, um die Finanzierung des Öffentlichen zu ermöglichen, fungieren im Grunde die Steuern.

Die genauere Wert- und Reproduktionsanalyse ergibt, dass ein primär an Einkommen ansetzendes Steuersystem den nötigen sachlichen und wertlichen, vor allem investiven Transfer nicht leisten kann. Sie stößt dabei auf eine Fehldisposition der modernen Wirtschaftsrechnung, welche die Rolle des „konstanten Kapitals“ betrifft. Es bedarf infolgedessen einer Kapital(transfer)steuer und Neujustierung mitsamt den Einkommensteuern, um den Wertehaushalt durchsichtig und richtig zu stellen.

Es handelt sich nicht nur um eine Umverteilung, sondern um einen Eingriff an einem Knotenpunkt der Systemverhältnisse und unmittelbar die Inwertsetzung der sozialwirtschaftlichen Dienste. Von da ergibt sich die Aussicht auf Folgewirkungen und Möglichkeiten, die weiter zu erforschen sind. Dazu gehört in erster Linie die Aufhebung des intrinsischen Akkumulations- und Wachstumszwangs der Kapitalwirtschaft.

Liberalistische oder auch keynesianische Denkansätze sind diesen Problemen und Aufgaben nicht gewachsen. Sie verfügen weder über eine eigentliche Theorie des ökonomischen Werts noch über die nötige utopistische Orientierung. Es bedarf daher einer praxisanalytisch befähigten Sozioökonomie, welche auch die marxistische politische Ökonomie in sich aufhebt und fortentwickelt:

Die anvisierte fiskalische Ermächtigung befreit den Staat aus der Schuldenfalle, ermöglicht eine Abkehr von austeritärer Sozialpolitik und eine paritätische Stellung und Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste: Ein Feld berechtigter Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Umweltinteressen. Dabei entspricht der ökonomischen Form der Dienste eine gemeinwirtschaftliche Betriebsweise, die kapitalwirtschaftliche ist prinzipiell abzulehnen.

Ein dazu entwickeltes Tableau der öffentlichen, infrastrukturell-sozialwirtschaftlichen Aufgaben verdeutlicht deren Bedeutung. Es zeichnen sich konkrete Ansatzpunkte einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation ab, die besonders auf der lokalen, kommunalen Ebene des demokratischen Gemeinwesens wirken kann.

Dieses beruht wegen der Rolle der sozialwirtschaftlichen Dienste auf einer wesentlich selbstbezüglichen, nationalökonomischen Formierung, wie immer die Gesellschaft in größeren Wirtschaftsräumen oder auf widersprüchliche Weise mit der Weltökonomie verflochten sein mag. Das Prinzip nationaler Souveränität und demokratischer Selbstbestimmung des Souveräns ist daher nicht nur juristisch und ideell, sondern auch sozioökonomisch fundiert.

Das geschichtlich Mögliche in der eröffneten gesellschaftsgeschichtlichen Übergangsperiode liegt somit im Horizont einer relativen Konsolidierung der Wirtschaftsgesellschaft im kapitalistischen Weltsystem, dies auf dem Weg der Ausfaltung der darin latent angelegten Alternative. Die dafür entscheidenden sozialen Kräfte sind folglich diejenigen in *allen* Bereichen der gesellschaftlichen Praxis, die sich darauf positiv beziehen. Damit sie sich finden, muss das Neue freilich hinreichend erkennbar sein.

Nürnberg, im Oktober 2018

<https://www.praxisphilosophie.de>

dr.horst.mueller@t-online.de

Müller, Horst: **Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation.** In: Zeitschrift Widersprüche Nr. 150 (Dezember 2018).

Müller, Horst: **Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert.** Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. BoD-Verlag Norderstedt, Oktober 2015, ISBN 978-3-7386-4684-9 (600 S./ 24,80 EUR, als eBook 15,99 EUR).